State Hist Society 71533

Nebraska Staats-Anzeiger.

Jahrgang 20. Lincoln, Neb., Donnerstag, 23. November 1899 No. 26.

Ausland-Depeschen.

Der deutsche Kaiser in England.

Drei Sprüche aus dem goldenen Buche.

Franz Joseph's Drohung.

Deutschland.

Berlin, 21. Nov.

Der Nationalliberale Dr. Heiligenstadt, Direktor der Centralgenossenschaftskasse, ist zum Präsidenten der Seehandlung an Stelle des neulich zurückgetretenen Frhr. von Zedlitz ernannt worden.

Der in der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag verlesene Brief des Kabinettchefs der Kaiserin, Frhr. von Mirbach, wirbelt ungeheuren Staub auf. Alle liberalen Blätter erklären sich gegen denselben.

Die klerikale „Germania", das bekannte Centrumsblatt, findet dagegen an dem Briefe Gefallen.

Die konservative „Deutsche Tageszeitung" erwartet von dem Briefe keine Wirkung auf den jüdischen Stadtverordneten und Privatdozenten Dr. Preuß. Die Berliner Stadtverordneten hätten für das Judenthum überhaupt mehr übrig als für das Christenthum. Dem konservativen „Reichsboten" geht der Brief noch nicht weit genug, denn er verlangt ein weiteres Vorgehen gegen die Stadtverwaltung.

Wie erinnerlich, heißt es in dem Briefe, die Kaiserin sei schmerzlich berührt, daß so viele Stadtverordnete den Ausgleich zur Beseitigung der kirchlichen Schwierigkeiten verhindert haben. Ferner habe die Kaiserin mit tiefem Schmerz vernommen, daß der Universitätslehrer Dr. Preuß heilige Worte verspotte; die Kaiserin hoffe, daß es den guten und treuen Elementen mit der Zeit gelingen möge, neben der Förderung des äußeren Blühens und Gedeihens der Reichshauptstadt auch an die vielen und tiefen inneren Schäden die versöhnende und bessernde Hand anzulegen.

Der Vorwärts weist darauf hin, daß Ex-Hofprediger Dr. Stoecker auf dem Parteitag der Christlichsozialen in Erfurt in einer Rede unter allgemeiner Heiterkeit ausgerufen habe: „Wenn ich dies Wunder fassen will, so steht mein Herz vor Erfurt (Ehrfurcht) still." Herr Dr. Stoecker habe also auch „heilige Worte verspottet", ohne nachher behandelt zu werden, wie jetzt Dr. Preuß.

Die Leipziger Verlagsbuchhandlung von J. J. Weber veröffentlicht soeben ein „Goldenes Buch des deutschen Volkes an der Jahrhundertwende", welches eine Reihe hochinteressanter Eintragungen berühmter Persönlichkeiten enthält.

Kaiser Wilhelm schrieb ein: „Von Gottes Gnaden ist der König, er ist daher auch nur dem Herrn allein verantwortlich. Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter diesem Gesichtspunkt wählen. Diese furchtbar schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, giebt ihm auch das Anrecht auf treue Mitwirkung seiner Unterthanen. Daher muß Jedermann im Volke von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß er für seine Person mit verantwortlich ist für des Vaterlandes Wohlfahrt."

Reichskanzler Fürst Hohenlohe schrieb: „Fortiter in re, suaviter in modo". („Stark und fest in der Sache, aber mild in der Ausführung", ein Wort, das dem Jesuitengeneral Aquaviva, der um das Jahr 1600 lebte, zugeschrieben wird.)

Die Eintragung des Staatssekretärs Grafen von Bülow lautet: „Das letzte Ziel der Politik ist, den Einzelmann dahin zu bringen, daß er seinen Egoismus mit Bewußtsein unter die für die Allgemeinheit als nützlich erkannten Zwecke beugt."

Viktor Blüthgen, Albert von Boguslawski, Felix Dahn, Arthur Fitger, Eduard von Hartmann, Hermann Heiberg, Hans Hopfen, Wilhelm Jensen, Wilhelm Jordan, Julius Rodenberg, Emil Prinz von Schoenaich-Carolath, Friedrich Spielhagen, Julius Stinde, Ernst v. Wildenbruch, Detlev von Liliencron und andere deutsche Schriftsteller haben einen Aufruf unterzeichnet, der sich in warmen patriotischen Worten für die vom Kaiser und der Regierung geplanten Flottenverstärkung ausspricht.

Der „Vorwärts" dagegen verhöhnt die „offiziöse Wassersucht".

Nach dem „Berl. Tageblatt" soll, wie schon kurz berichtet, der Direktor der Kolonialabtheilung, Dr. von Buchka, wahre „Riesengebiete" in Kamerun Privatleuten überantwortet haben, ohne die geringste Kompensation für das Reich zu fordern. Unter den auf diese Weise begünstigten Persönlichkeiten befinden sich Graf Sholto Douglas, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin, Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft, Rechtsanwalt Dr. Scharlach in Hamburg, Mitglied des Kolonialraths, Prinz Christian von Hohenlohe-Oehringen und Andere, deren Namen vorläufig noch der Oeffentlichkeit vorenthalten werden.

Dr. von Buchka bezieht ein Gehalt von 20,000 Mark.

Offiziös wird über die Reise des deutschen Kaisers mitgetheilt: „Die Reise läßt die Politik unverändert. Die Vermuthung, daß wir mit John Bull durch Dick und Dünn gehen, ist unbegründet. Das deutsche Reich ist nicht länger ein schwaches Bäumchen, das einen Stützpfahl erfordert. Wir bewahren unsere Unabhängigkeit, bis wir durch die eigenen Interessen zu einer Option gezwungen werden. Das ist aber jedenfalls noch lange hin, denn durch vorläufiges Verständigen über einzelne Fragen wird der Entscheidungskampf zwischen Rußland und England auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben."

Das Samoa-Abkommen enthalte keine Geheimklauseln, wodurch Deutschland sich etwa verpflichtet, irgendwo auf dem Erdenrund die englische Politik zu unterstützen.

Der „Deutschen Tageszeitung" zufolge soll der Kaiser bei der Vereidigung der Gardereiruten in Berlin zu der versammelten Generalität geäußert haben, er müsse trotz der herrschenden Volksstimmung nach England reisen, weil er durch sein Versprechen gebunden sei. Die Reise habe nur einen familiären Charakter. Hierzu bemerkt das citirte Blatt: „Leider hängt die Beurtheilung der Reise nicht von der Auffassung des Kaisers ab."

Die hier tagende Delegirten-Versammlung des Central-Verbandes deutscher Industrieller hat einstimmig eine Resolution angenommen, die sich zu Gunsten der Vorlage zum Schutze Arbeitswilliger ausspricht. Auf der anderen Seite haben 60,000 Mitglieder der Hirsch-Dunker'scher Gewerkvereine eine Petition an den Reichstag gerichtet, in welcher gegen die Vorlage protestirt wird.

Wahrscheinlich wird die Vorlage einer Kommission überwiesen werden.

Bezüglich der vom preußischen Abgeordnetenhause abgelehnten Mittellandkanalvorlage deutet die „Frankfurter Ztg." an, daß Minister v. Miquel es gewesen sei, der den Kaiser bewog, die politischen Beamten, die gegen den Kanal stimmten, zu maßregeln, anstatt den Landtag aufzulösen.

Berlin, 21. Nov.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger" erörtert allen Ernstes die Möglichkeit eines afrikanischen Dreibundes, bestehend aus dem Präsident Paul Krüger, dem König Menelik von Abessinien und dem Khalifa Abdullah, und kommt zu dem Schluß, daß eine solche Combination „hochsensationell" sein würde.

Die vielbesprochene Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen ist heute vom Reichstage abgelehnt worden.

Die Voranschläge für das Reichs-Budget lauten wie folgt: Bilanz 2,058,121,551 Mark; wiederkehrende Ausgaben 1,783,045,498 Mark; nicht wiederkehrende Ausgaben der gewöhnlichen Voranschläge 195,877,642 M.; dasselbe in außergewöhnlichen Voranschlägen 79,198,411 Mark. Den Voranschlägen wird eine Spezial-Anleihevorlage beigefügt, welche die außergewöhnlichen Ausgaben für die Armee, Flotte und Eisenbahnen, zusammen 7,098,411 Mark, deckt.

Während der neulichen Anwesenheit des Zaren in Potsdam einigte man sich auf die Grundzüge eines abzuschließenden Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland. Kaiser Wilhelm, der Zar, Dr. v. Miquel und der russische Finanz-Minister De Witte besprachen die Angelegenheit gründlich, auch die drohende Finanz-Krisis in Rußland. Es wird gesagt, daß die letztere, wenn sie eintritt, großentheils auf die zahllosen industriellen Unternehmungen, besonders in der Eisenbranche, zurückzuführen ist, die unter dem russischen Schutzzoll begründet wurden, aber dann infolge der ungenügenden Kohlenlieferungen von Seiten der Kohlengruben in Süd-Rußland ihren Betrieb sehr einschränken oder ganz einstellen mußten. Dies hatte zur Folge, daß die Preise, besonders in der Eisenbranche, enorm stiegen, aber De Witte machte kurzen Prozeß und reduzirte den Preis für das Eisenbahnmaterial, das der Staat brauchte, um etwa 50 Prozent. Da viele der Fabriken einzig begründet wurden, um Material für die trans-sibirische Eisenbahn zu liefern, so war das Vorgehen des russischen Finanz-Ministers für dieselben verderbenbringend.

Die russische sowohl als die deutsche Regierung sehen die Lage als sehr ernst an, aber in den Finanz-Kreisen Berlin's hält man die Krisis nur für temporär. In Anbetracht der vom Zaren in Potsdam gezeigten Friedensbestrebungen und der anscheinenden Haltlosigkeit der Berichte von einem Vorrücken der Russen auf Afghanistan und Persien zu, sind diese Finanz-Kreise geneigt, den russischen Finanzen beizusteuern. Sie gehen dabei von der Ansicht aus, daß es in ihrem eigenen Interesse ist, Rußland und Frankreich einander mehr zu entfremden und Rußlands Kaufkraft zu erhöhen, was dann der deutschen Industrie zu Gute kommen würde.

Als das Resultat der Abstimmung verkündet wurde, brachen die Sozial-Demokraten und die Mitglieder der Linken in tosendes Gelächter und Händeklatschen aus.

Der Conservative Baron Stumm stellte den Antrag, die Vorlage an eine Commission zu verweisen, aber Dr. Lieber vom Centrum, von dessen Haltung das Schicksal der Vorlage abhing, kündigte an, daß er den Antrag nicht unterstützen werde.

Türkei.

Konstantinopel, 21. Nov.

Die Pforte hat an die Mächte eine Note gerichtet, in welcher sie das Verlangen nach Abschaffung der auswärtigen Postämter in der Türkei wiederholt. Man glaubt jedoch, daß dem Verlangen nicht stattgegeben wird.

Inland-Depeschen.

Der Vice-Präsident Garret A. Hobart ist gestorben.

Gouv. Leary führt auf der Insel Guam Reformen ein.

Vom Philippinen-Krieg.

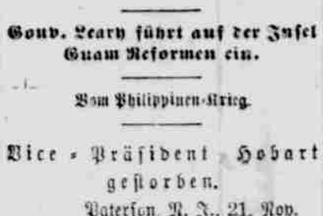
Vice-Präsident Hobart gestorben.

Paterson, N. J., 21. Nov.

Der Vice-Präsident Hobart verschied Morgens 8½ Uhr. Seine Familie und sein Arzt waren an seinem Sterbelager. Seit gestern Nachmittag hatten dem Kranken die Kräfte verlassen; um Mitternacht verließ ihn das Bewußtsein, um 7 Uhr Morgens trat Athemnoth ein, von der er nicht wieder befreit wurde, bis das Ende kam.

Der Privatsekretär des Dahingeschiedenen, Evans, gab dem Präsidenten McKinley telephonisch Nachricht.

Garret Augustus Hobart wurde am 3. Juni 1844 in Long Branch, N. J., geboren; 1863 graduirte er vom Rutger's College und studirte, nachdem er kurze Zeit als Lehrer thätig war, Rechtswissenschaft. Seine Laufbahn war dann eine erfolgreiche. 1869 vermählte sich Hobart mit Jenni Tuttle, der einzigen Tochter seines älteren Theilhabers; die Gattin und ein 14 Jahre alter Sohn überleben ihn; seine Tochter starb vor einigen Jahren während einer Reise in Italien.



GARRET A. HOBART.

Im Jahre 1871 wurde Hobart zum Mitglieder des Stadtrathes von Paterson gewählt, 1872 zum Legislaturmitglied, 1876 zum Staatssenator. Von 1880—1891 war er Vorsitzer des republ. Staatscomites, 1884 Mitglied des National-Comites und 1891 dessen Vice-Vorsitzer.

Hobart's Name war außerhalb seines Staates wenig bekannt, als er 1896 für die Vice-Präsidentschaft genannt wurde. Doch erfolgte seine Nomination ohne Opposition. Nach der Wahl versah er sein Amt in würdiger Weise und erfreute sich auch in den Kreisen seiner politischen Gegner großer Beliebtheit.

Als Geschäftsmann war Hobart erfolgreich. Er wurde in den Direktorenrath vieler bedeutenden Gesellschaften gewählt und war an mehreren Unternehmungen stark betheiligt.

Hobart erkrankte vor ungefähr zwei Monaten und brach so vollständig zusammen, daß die Aerzte nur geringe oder keine Hoffnung auf Wiederherstellung hatten. Die anscheinende Besserung, welche vor 14 Tagen eintrat, war das letzte Aufflackern.

Den Vorsitz im Bundessenat wird an Hobart's Stelle jedenfalls Senator Frye übernehmen. Derselbe rückt aber damit nicht zum Vicepräsidenten auf, sondern er bleibt nur Präsident des Senats pro tempore.

Als die Nachricht von dem Tode des Vice-Präsidenten in der Stadt bekannt wurde, wurden auf den meisten Gebäuden die Flaggen halbmast gezogen; die Gerichte vertagten sich. Eine Menge Beileidstelegramme liefen schon am Vormittag ein, darunter das erste vom Präsidenten McKinley und Frau.

Das Leichenbegängniß wird voraussichtlich am Samstag stattfinden, doch wurde darüber noch keine feste Bestimmung getroffen.

Washington, D. C., 22. Nov.

Nach Schluß der Cabinetssitzung erließ der Präsident eine Proclamation an das Volk der Ver. Staaten, in welcher er das Hinscheiden des Vice-Präsidenten ankündigt und dessen Verlust beklagt. Der Präsident lobt den Verstorbenen als einen Mann von hohen Verdiensten und edlen Charaktereigenschaften. Am Tage des Begräbnisses sollen alle Bundesämter geschlossen bleiben und auf allen Armee- und Marine-Stationen das Sternenbanner auf Halbmast gehißt werden; auch sollen die Vertreter der Republik im Auslande für 30 Tage Trauer anlegen.

Paterson, N. J., 22. Nov.

Herrn Hobart's Begräbniß wird am Samstag Nachmittag 2 Uhr von der Erlöser-Kirche aus stattfinden.

Washington, D. C., 22. Nov.

Es ist beschlossen worden, nicht wie üblich, nur ein Comite des Senats zu dem Begräbniß des Vize-Präsidenten Hobart zu senden, sondern jedes Mitglied des Senats wird ersucht werden, der Trauerfeier beizuwohnen. Eine diesbezügliche Einladung ist bereits an jeden Senator abgesandt.

An dem Begräbniß werden ferner theilnehmen: Der Präsident und die Kabinetts-Mitglieder, die Mitglieder des Ober-Bundesgerichts, viele Congreß-Abgeordnete und höhere Regierungsbeamte.

Reformen auf Guam.

New York, 22. Nov.

Der „Tribune" wird von Washington gemeldet: Gouv. Leary, der Machthaber auf der Insel Guam, vertieft sich in allerhand Reformen. Nach seinen Berichten sind die Eingeborenen so faul, daß sie nicht mehr thun, als sie müssen, um nicht zu verhungern. Der Gouverneur ist bestrebt, den Leuten einen Begriff zu geben von dem natürlichen Reichthum der Insel. Er meldet, daß er keine weiteren Marinetruppen brauche, da für dieselben keine Nahrungsmittel vorhanden seien; auch sei von den Eingeborenen nichts zu fürchten, doch wünsche er einige Offiziere, die ihm helfen könnten, die Lage der Bevölkerung zu bessern; auch möchte er eine Eismaschine haben. Der Regierungssitz ist Agana, sechs Meilen von Port Louis und Apra. Von dort muß Alles hergebracht werden, was die Schiffe bringen.

Besonderes Interesse verdienen zwei Verordnungen des Gouverneurs. Die erste verfügt, daß alle erwachsenen Eingeborenen durch Lieferung von Nahrungsmitteln zum Unterhalt der Regierung beitragen sollen. Jeder muß bei Vermeidung von Strafe Eier, Früchte, Gemüse oder Getreide bringen. Jeder Bürger muß wenigstens 12 Hennen und ein Schwein halten.

Die zweite Verfügung verbietet das eheloses Zusammenleben. Gouv. Leary tadelte diese Unsitte scharf und ordnete kostenfreie Eheschließung für alle „Familien" an. Eine Folge war, daß die Offiziere sauer arbeiten mußten, um allen Paaren Scheine auszustellen, bis alle legitim verheirathet waren.

Im Allgemeinen ist die Bevölkerung entgegenkommend und der Gouverneur zufrieden.

Von den Philippinen.

Manila, 22. Nov.

Der Aufenthaltsort der Generäle Lawton und Young wird nun gerade so mysteriös als wie der Aguinaldos. Man glaubt in Manila, daß Lawton sich auf der Fährte der Insurgentenregierung befindet, die in letzter Zeit stets auf der Wanderung war, und nun die Insurgentenminister in den Bingua-Bergen verfolgt. Lawton hatte schon lange den Wunsch, die Führer des Aufstandes zu fangen, und er sowie der Gen. Young sind der Ansicht, daß eine Kavallerie-Brigade, die von den Erzeugnissen des Landes lebt, dieselben in irgend einem Theile der Insel stellen könnte. Einen unbestimmten Gerücht zufolge sollen Aguinaldo und Andere beinahe von den Amerikanern umringt gewesen sein als der Insurgentenführer Tarlac verlassen hatte, doch soll er, als Landmann verkleidet, entkommen sein.

Soldaten von Gen. Lawton's Streitmacht, die in Cabanatuan angekommen sind, sagen, daß die neulich Campagne an Mühsalen ungemein reich war. Viele Soldaten blieben erschöpft liegen und mußten in verschiedenen Plätzen ohne genügende Verpflegung zurückgelassen werden. Viele Pferde krepirten auf dem Marsch und manche Soldaten und selbst Offiziere mußten halbnackt weiter marschiren, da die Dornen ihnen die Kleider beinahe ganz vom Leibe gerissen hatten. Hunderte mußten barfuß gehen, da ihre Schuhe zerrissen; die Nahrung bestand größtentheils aus Büffelfleisch und Bananen.

Ein Einhaltsbefehl.

Springfield, Jll., 22. Nov.

Richter Gustav A. Koerner von Belleville, Anwalt für die Belleville & St. Louis Traction Co., erhielt vom Richter B. R. Burroughs einen Einhaltsbefehl, nach welchem den Streikern und deren Anhängern untersagt wird, irgendwie den Betrieb der Straßenbahnen in Belleville zu stören. Der Einhaltsbefehl wurde ertheilt, weil ein Angriff auf einen Straßenbahnwagen gemacht war.

Nicht angenommen.

New York, 22. Nov.

Das Torpedoboot „Dahlgren" hat die amtliche Prüfungsfahrt nicht zur Zufriedenheit des Marineamtes bestanden; die Bestimmungen des Contraktes wurden nicht erfüllt. Die Erbauer müssen $5000 Strafe zahlen, da die Geschwindigkeit die vorgeschriebenen 30½ Knoten nicht erreichte und das Schiff wird von der Regierung nicht übernommen werden.

Wer war der Todte?

Los Angeles, Cal., 22. Nov.

Vor sechs Monaten beging hier ein Fremder, der später als Aaron Wolfsohn von St. Louis identificirt wurde, Selbstmord. Der Localagent einer New Yorker Versicherungsgesellschaft erhielt daraufhin eine Anweisung auf $10,000 Versicherungsgelder, welche er dem Administrator übergab. Dieser löste den Check ein. Heute nun erhielt der Agent eine Depesche, er möge die Einlösung des Checks verhindern, da Aaron Wolfsohn am Leben sei. Wer der Selbstmörder ist, wird nun wohl ein Geheimniß bleiben.

Feuer an Bord.

Norfolk, Va., 22. Nov.

Der deutsche Dampfer „Olinda", Capt. Hansen, der das Signal „Feuer an Bord" gegeben hatte, wurde von drei Schleppdampfern von Old Point nach Pinner's Point gebracht, wo mit der Löscharbeit begonnen wurde. Man hofft, die Flammen dämpfen zu können. Die Ladung dürfte dann gelöscht werden und das Schiff nach New York weiterfahren. Wie groß der Verlust ist, kann noch nicht festgestellt werden.

Ausland-Depeschen.

Die Buren marschiren dem englischen Entsatzheere entgegen.

Die Revolution in Columbien.

Der Prozeß Arons.

Deutschland.

Berlin, 22. Nov.

Vor dem Disciplinarhof für nichtrichterliche Beamte fand gestern der Prozeß gegen den Privatdozenten an der hiesigen Universität Dr. L. Arons statt, den die Regierung wegen seiner sozialdemokratischen Ansichten aus seiner Universitätsstellung zu entfernen trachtet. Den Vorsitz führte der Unterstaats-Sekretär im Finanz-Ministerium, Wirkliche Geheime Rath Meinecke. Der Vertreter der Regierung, Geheime Regierungsrath Dr. Elster, vortragender Rath im Kultusministerium, verlangte die Entlassung Dr. Arons als Universitätslehrer. Der Vertheidiger des letzteren, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Heine, trat hauptsächlich der Ansicht Elster's entgegen, daß die Sozialdemokraten den Umsturz der staatlichen Ordnung auf revolutionärem Wege anstrebe, und daß daher ein Mann, der einer solchen Partei angehöre, sich nicht zum Lehrer der Jugend eigne. Heine bestritt entschieden, daß die Sozialdemokraten gewaltthätige Absichten hätten, erklärte vielmehr, daß sie die von ihnen angestrebte Neuordnung der Dinge lediglich auf legitimem Wege erreichen wollten.

Der bekannte Nationalökonom Professor Schmoller, der die philosophische Fakultät, welche als erste Instanz Dr. Arons freisprach, vertrat, hielt eine glänzende Rede, in der er unter Anderem äußerte, kein Mensch glaube an wirkliche revolutionäre Pläne der Sozialisten. Der Senat der Universität billige das freisprechende Urtheil der Fakultät. Professor Schmoller citirte ferner ein vor mehreren Jahren von Professor Zeller und dem inzwischen verstorbenen Professor von Helmholtz abgegebenes Gutachten, in welchem ausgeführt wird, daß seine sozialistische Gesinnung einen Privatdozenten nicht unwürdig mache, an einer königlichen Universität ein Lehramt zu bekleiden. Redner schloß mit den emphatischen Worten: „Lieber mit Helmholtz und Zeller unterliegen, als mit Dr. Elster siegen."

Der Gerichtshof zog sich dann zur geheimen Berathung über das Urtheil zurück. Das letztere wurde nicht bekannt gegeben und liegt jetzt dem preußischen Staats-Ministerium zur Bestätigung vor.

Wie es heißt, wird das deutsche Kaiserpaar auf der Rückreise von England vielleicht Holland besuchen, um den Besuch zu erwiedern, den die Königin Wilhelmina und ihre Mutter Anfang vorigen Monats dem Kaiser und der Kaiserin in Potsdam abstatteten.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" bezweifelt die Zuverlässigkeit des Ministers v. Miquel und erklärt, daß man nach dem bisherigen nur platonischen Wohlwollen des Ministers den Agrariern gegenüber gespannt sein müsse, ob der neue Zolltarif die agrarischen Forderungen verwirklichen werde.

Die Komponisten Karl Ulrich in Bremen und Hermann Spielter in New York haben für die beste Komposition eines Liedes, das die altberühmte Harzburg glorificirt, von dem Gebirgsverein „Harzklub" einen Preis erhalten.

Im Deutschen Theater in Berlin hat das Max Dreyer'sche Schauspiel „Der Probelandidat" einen starken Erfolg erzielt, dagegen fand im königlichen Schauspielhause Ludwig Fulda's Märchenschwank „Schlaraffenland" eine ziemlich kühle Aufnahme.

Der frühere Reichsgerichtsrath Mittelstädt ist in Rom, wo er sich zur Erholung aufhielt, gestorben.

Am Donnerstag starb in Berlin der General der Infanterie a. D. Gustav v. Stiehle, der bekannte Generalstabs-Chef des Prinzen Friedrich Karl im Kriege 1870—71.

Im Zirkus Schumann in Berlin verursachte der amerikanische Feuertänzer Heyton einen Brand, indem er einem Stück Gazedekoration zu nahe kam und dies in Flammen aufging. Glücklicherweise gelang es, die Flammen schnell zu löschen, so daß eine Panik vermieden wurde.

Berlin, 22. Nov.

Betreffs des in der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag verlesenen Briefes des Kabinetchefs der Kaiserin, Freiherr von Mirbach, wird nun auch gesagt, der Brief nehme irrthümlich an, daß der Magistrat in der Kirchenbaufrage mit den Stadtverordneten nicht übereinstimme. Letzteres sei jedoch nicht der Fall, und deshalb sei es ungehörig, der Stadtverordneten-Versammlung einseitig Vorwürfe zu machen. Die „National-Zeitung" meint, Herr von Mirbach hätte lieber abdanken, als sich zur Unterzeichnung des Briefes hergeben sollen. Die demokratische „Volks-Zeitung" sagt ganz spöttisch, es geschehe den Stadtvätern ganz recht, wenn ihnen von „oben" die Leviten gelesen würden, denn der Brief sei nur eine logische Konsequenz ihrer bisherigen Rückgratlosigkeit dem Hof gegenüber. Dann fährt das Blatt unter Anspielung auf die Phrase von den „guten und treuen Elementen" fort: „Wer „gut und treu" sei, darüber entscheiden die Wähler. Jede Kritik von anderer Seite ist entschieden abzulehnen."

Die „Vossische Zeitung" schreibt: „Gerade diejenigen Leute, welche sich seiner Zeit furchtbar darüber entrüsteten, daß Herr von Mirbach auch von Juden Geld für den Baufonds der Kaiser Wilkelm-Gedächtniß-Kirche annahm, wollen jetzt einer auch Juden und Katholiken einschließenden politischen Gemeinde evangelische Kirchenbaulasten aufhalsen. Die städtischen Behörden handeln nach ihrer Ueberzeugung, ohne durch Einwirkung von Außen einen Einfluß auf ihre Entschließungen zu gestatten."

Das socialistische Hauptorgan, der „Vorwärts", benutzt diese prächtige Gelegenheit natürlich, um einige boshafte Bemerkungen zu machen. Er sagt: „Zweifellos hat das Eingreifen der Kaiserin in die kommunale Politik vielfach verstimmt, indessen ist es vom Standpunkte der Gleichberechtigung der Geschlechter nicht unerfreulich, wenn die Kaiserin ein gleiches politisches Interesse zeige, wie ihr Gemahl." Sodann meint der „Vorwärts," ein Beweis für die Mißstimmung der Kaiserin über das Verhalten der Stadtväter in der Kirchenbaufrage sei jedenfalls auch darin zu erblicken, daß sie das Dankschreiben auf die Geburtstagswünsche der Stadtverordneten nicht wie bisher eigenhändig unterzeichnet habe. Bei dieser Gelegenheit ist zu erwähnen, daß während der Verlesung des Briefes die sozialistischen und einige andere Stadtverordnete sich nicht von ihren Plätzen erhoben, sondern ostentativ sitzen blieben.

Die neuen russischen Eisenbahnen werden zum guten Theil mit amerikanischem Geld gebaut werden. Wenigstens berichtet eine russische Zeitung, daß 20 Millionen Rubel vierprozentiger russischer Eisenbahn-Obligationen in der St. Petersburger Filiale der „New York Life Insurance Co." verkauft worden seien, welche es übernehmen werde, dieselbe in Amerika unterzubringen. Bisher hatte Rußland an den Thüren amerikanischer Finanz-Institute vergebens angeklopft.

Sachsen führt jetzt theilweise weibliche Fabrik-Inspektoren ein, wie schon längst vorgeschlagen worden war.

Für die Verweisung der Vorlage zum Schutze Arbeitswilliger an eine Commission traten besonders die Conservativen, Antisemiten und einige Nationalliberale ein, und nach ihrer Ablehnung wurde die ganze Vorlage ohne Namens-Aufruf niedergestimmt.

Es gab nachher noch ein scharfes Wortgefecht zwischen dem Staats-Sekretär des Reichsamtes des Innern, Graf Posadowsky-Wehner, und Eugen Richter. Der Erstere rief erregt aus: „Die Weigerung des Hauses, das Verlangen einer ansehnlichen Minderheit nach Erwägung des Entwurfes in einer Commission zu beachten, ist ein Verstoß gegen alle parlamentarischen Bräuche und eine entschiedene Unhöflichkeit gegenüber der Regierung. Sie ist ein schlimmes Zeichen."

Der Sozialist Singer: „Das ist Sache des Reichstages."

Eugen Richter: „Es ist nicht parlamentarischer Brauch, daß das Ministerium sich in die Führung der Reichstags-Geschäfte einmischt, und außerdem braucht der Reichstag ebenso wenig einen Oberhofmeister, wie der Berliner Stadtrath." (Bezieht sich auf die kürzliche Geschichte mit dem Brief der Kaiserin wegen Weigerung des Stadtrathes, öffentliche Gelder zur Erbauung evangelischer Kirchen zu bewilligen.) Wenn der Minister das Vorgehen des Reichstages für ein schlimmes Zeichen hält, so ist die Gewohnheit des Ministerium, die kaiserlichen Nachtisch-Reden zu studiren, um Gesetzvorlagen daraus zu schmieden, ein noch schlimmeres."

Oesterreich.

Wien, 21. Nov.

Daß die jetzige Lage für das Bestehen der Doppel-Monarchie Oesterreich-Ungarn kritischer ist, als je seit dem Jahre 1848, darin stimmen alle Wiener Staatsmänner überein. Die Presse und die Politiker sind entrüstet über die Hartnäckigkeit der ungarischen Mitglieder der Delegationen, weil diese die jüngsten Vorschläge Oesterreichs hinsichtlich der gemeinsam zu tragenden Ausgaben abgewiesen haben.

Die Integrität des Reiches wird — wenigstens in nicht zu ferner Zukunft — bedroht durch einen Streit um die Summe von 300,000 Gulden, denn soviel betragen etwa die drei Viertel Prozent, um welche die beiden Reichshälften streiten. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, nachdem sich die Vertreter Ungarn's geweigert hatten, den Compromiß-Vorschlag von 35 Prozent anzunehmen und die Oesterreicher den Vorschlag Ungarns, 34½ Prozent zahlen zu wollen, ebenfalls verworfen hatten. Die Entscheidung liegt jetzt bei der Krone, aber eine solche Entscheidung kann nach den Bestimmungen der Verfassung nur auf zwölf Monate gelten. Dann müssen die Delegationen einen neuen Versuch zu einer Einigung machen, — und dann?

England.

London, 22. Nov.

Der Tod der Gemahlin des Premierministers Salisbury würde, selbst wenn das nicht von vornherein beabsichtigt wäre, jede politische Verhandlung zwischen den Deutschen und englischen Diplomaten unmöglich machen.

Bezüglich der weiteren Ereignisse in Südafrika macht sich hier jetzt nach der Ankunft der britischen Truppen in der Capstadt und Durban eine größere Siegeszuversicht bemerkbar. Die besten Truppen werden fortgesetzt nach Durban gesandt, wohin soeben wieder vom Kap aus 2 Transportschiffe mit Schützen und Füsilieren abgegangen sind. Dennoch erwartet man nicht, daß die Entsatzkolonne von Estcourt vor der nächsten Woche vorrückt. Ladysmith hält man hier für vollkommen sicher.

Wenn die letzten Truppen am Kap angekommen sind, so sind von England dorthin 80,000 Mann (?) befördert, wozu noch 20,000 afrikanische Milizen kommen.

Große Ueberraschung hat hier die Meldung hervorgerufen, daß jetzt auch Estcourt von 10,000 Buren vollständig eingeschlossen ist. Man glaubte hier allgemein, daß die Buren zwischen Estcourt und Colenso den Engländern entgegentreten würden. Jetzt aber gilt es für gewiß, daß ihre Hauptmacht auf Westor rückt. Von diesem Orte zweigt eine Straße nach Norden ab, welche es den Engländern ermöglichen würde, den Buren in die linke Flanke zu fallen.

In Westgriqualand schließen sich immer mehr Ortschaften und Buren ihren Stammesgenossen an. Ueberall wird die Fahne des Freistaates gehißt und das Land für annektirt erklärt.

Die Buren treten in der Kapkolonie mit immer größeren Streitkräften auf. In Kolesberg stehen 1300 Buren. Ladygrey ist von den Engländern geräumt.

Von Mafeking und Kimberley sind seit mehreren Tagen keine Nachrichten eingetroffen.

Es wird berichtet, daß die Ladysmith belagernden Buren stetige Verstärkungen und Lebensmittel erhalten. Ueber die Marschrichtung des General Methuen, der angeblich Kimberley entsetzen soll, wird nichts bekannt gegeben werden.

Heute Morgen kam in Durban das Transportschiff City of Cambridge mit dem 2. Bataillon der schottischen Schützen an.

Nach den letzten Meldungen aus Ladysmith vom 16. und 17. fand dort nichts von Bedeutung statt. Die gestrigen Londoner Siegesnachrichten waren also eitel Schwindel. Trotzdem wird heute von Estcourt nochmals gemeldet, daß die Buren am Mittwoch vor Ladysmith geschlagen seien.

General White ist ohne Zweifel genau bekannt, daß General Joubert mit der größeren Hälfte seines Heeres nach Süden gezogen ist. Aber die Engländer sind jetzt so vorsichtig geworden, daß sie schwerlich die Gelegenheit zum Ausbruche benutzen werden, weil sie eine Kriegslist der Buren fürchten.

Windsor, 21. Nov.

Kaiser Wilhelm und seine Begleitung unternahmen heute Morgen einen Ritt und kehrten dann zum Frühstück nach dem Schlosse zurück. Dann begab er sich mit dem Prinzen von Wales, dem Herzog von York, dem Herzog von Connaught und dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein in den Wildpark von Windsor auf die Jagd und lunchte später im Cranbone Tower.

Die Kaiserin unternahm während des Vormittags in Begleitung ihrer Söhne und der Prinzessin Heinrich von Battenberg einen Spaziergang und besuchte auch die St. George's und Albert Kapellen.

Frankreich.

Paris, 22. Nov.

Der Senat, vor dem die Prozessirung der der Verschwörung gegen die Republik Angeklagten stattfindet, setzte heute das Verhör Guerin's fort; derselbe behauptete, die Anti-Semiten-Liga habe nichts mit den Royalisten zu thun gehabt, habe sich auch nicht mit Politik abgegeben, sondern habe einfach „die arbeitenden Klassen gegen die Macht der Juden vertheidigt". Auch behauptete Guerin, daß er nie gegen die Republik conspirirt habe. Dann erging er sich in einer Schilderung der Leiden der im „Fort Chabrol" Belagerten und bestritt, daß er je mit scharfen Patronen auf die Polizei geschossen habe.

Zunächst wurde dann Dubuc, der Präsident der Liga der jungen Anti-Semiten, verhört. Dubuc erklärte, die Demonstrationen der Liga seien hauptsächlich gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses gerichtet gewesen.

Columbien.

Panama, 22. Nov.

In der Nähe von Bucaramanga, der Hauptstadt des Departements Santander, fand am 15. und 16. November ein heftiger Kampf zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen statt, in dem letztere siegten. Auf beiden Seiten fochten etwa 10,000 Mann. Die Aufständischen hatten 1000 Todte und 2000 Verwundete. Unter den ersteren soll auch General Pablo Emilio Vallier sein, unter den letzteren die Insurgentenführer Uribe und Francisco Gomez. Von den Regierungsgenerälen wurden Pena Solano Pillemizar und Fernandez verwundet. Bucaramanga ist von Regierungstruppen besetzt.

Der britische Dampfer „Manavia" ist hier gestern mit 600 Rekruten von Buenaventura angekommen. Wenn die in nächster Zeit erwarteten weiteren 400 Rekruten angekommen sind, wird im nächsten Monate der Marsch nach der Küste des atlantischen Ozeans beginnen.

Insel Malta.

Malta, 22. Nov.

Von einem amerikanischen Transportschiff, das auf der Fahrt nach Manila begriffen ist, landeten heute 800 Soldaten des 47. Infanterie-Regiments und wurden vom Gouverneur auf dem Paradeplatz inspizirt.